

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Februar
2015

EDITORIAL



von Tilo Kießling

Seit der vorigen Ausgabe unserer Monatschrift haben wir wieder ein gutes Stück politischen Weg zurückgelegt. Zwei Dinge beschäftigten unseren Stadtverband dabei natürlich am heftigsten.

Zum einen ist das die Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahlen in Dresden. Die Wählerinitiative „Gemeinsam für Dresden“ schlug Dr. Eva Maria Stange als Kandidatin vor, ein Parteitag der Grünen, unser Stadtparteitag und ein Sonderparteitag des SPD-Unterbezirkes Dresden unterstützten das bzw. nominierten Dr. Stange dann. Im Hintergrund wird heftig an der Wahlkampforganisation gewerkelt. Ich habe Frau Dr. Stange nun mehrfach bei ihren Reden zugehört und muss sagen, dass sie mich von mal zum mal mehr überzeugt. Natürlich: Ein SPD-Mitglied als Dresdner Oberbürgermeisterin zu wählen, fällt nicht allen Kritikerinnen und Kritikern realsozialdemokratischer Bundes- und Landespolitik leicht. Aber ein klares Bekenntnis von Eva Maria Stange zu unserer RRG-Kooperationsvereinbarung dürfte für Zweifler Argument genug sein, vor allem vor dem Hintergrund der möglichen Alternativen Ulbig (CDU) oder Hilbert (FDP).

Das zweite bestimmende Thema ist natürlich die Flüchtlingspolitik und damit zusammenhängend der durch die PE-GIDA-Bewegung aufgewühlte nationalistische Untergrund. Wer, so wie wir, die erschreckenden grobschlächtigen, faschistoiden, menschenverachtenden Kommentare im Internet lesen muss und sieht, dass deren Autorinnen und Autoren inzwischen ganz offen mit Klarnamen im Internet agieren, merkt schnell, dass nur eine klare und offensive sozialistische Haltung die richtige Wahl ist.

Die Diskussion über die Gründe für dieses laute hasserfüllte Geschrei und vor allem die Gründe, warum so viele in Dresden und Umgebung offenbar kein Problem damit haben, sondern, zum Teil mit ihren ganz anders gelagerten Kritiken und Problemen, dort mitmachen, dauert an.

Unsere Zeitung wirft auf diese und auf andere aktuelle Diskussionen ein paar Schlaglichter.

Gemeinsam für Dresden

von Annektrin Klepsch

Mit dem Ende des Februars ging nicht nur die erste Oberbürgermeisterin Dresdens in den Ruhestand, sondern die Kandidatenlage wurde übersichtlicher. Der sächsische Innenminister und der Dresdner Wirtschaftsbürgermeister waren bereits seit Wochen im Rennen, während Eva-Maria Stange als Kandidatin eines parteiübergreifenden Bündnisses noch verschiedene Aufstellungsverfahren durchlief. Grüne und LINKE hatten jeweils bereits Anfang Februar die sächsische Kunst- und Wissenschaftsministerin auf Stadtparteitagen vorgestellt und als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin mit 94 und 98 Prozent aufgestellt, nachdem eine unabhängige Wählerinitiative am 21. Januar den Aufschlag gemacht hatte. Die Dresdner SPD schließlich rundete am 27. Februar die Aufstellung der OB-Kandidatin mit einer Zustimmung von 99,3 Prozent ab. Eva-Maria Stange überzeugte, im persönlichen Gespräch und am Rederpult zu Themen, die die sächsische Landeshauptstadt gerade bewegen.

Ihre jahrelange Tätigkeit als Lehrerin, als GEW-Vorsitzende und als Ministerin für Wissenschaft und Kunst haben sie mit einem Erfahrungsschatz ausgestattet, wie man die Kommunalpolitik in der Landeshauptstadt unter rot-grünen Vorzeichen verbessern kann. Die Verhinderung einer weiteren sozialen Spaltung der Stadt, die Profilierung von Dresden als Landeshauptstadt und Stadt der Wissenschaften, die Gewährung von gleichen Bildungschancen in allen Stadtteilen, die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft und eine gezielte Integration von Flüchtlingen sind nur einige Themen, die sich Eva-Maria Stange auf die Fahnen geschrieben hat.

Auf dem Stadtparteitag unserer Partei gingen die Meinungen zu einer Unterstützung von Eva-Maria Stange auseinander. Während einige Mitglieder schon seit langem zutiefst überzeugt davon waren, sie sei die am besten geeignete Kandidatin für das Vorhaben, die CDU bei der Wahl im Juni vom Amt des Stadtoberhauptes zu entlasten, nagte an manchen noch der Zweifel bis hin zu einem Antrag, der verlangte, weder dem Personalvorschlag des Stadtvorstandes zur OB-Wahl zu folgen noch überhaupt



Eva-Maria Stange gemeinsam mit André Schollbach und Katja Kipping (im Hintergrund Rico Gebhardt und Conny Ernst) zum diesjährigen Mahngang Täter Spuren am 13. Februar in Dresden
Foto: Uwe Schaarschmidt

eine Kandidatin mit SPD-Parteibuch zu unterstützen. Mit dem Verweis darauf, dass die SPD auf Landes- und Bundesebene mit der CDU die Regierung stelle und dass sie Hartz IV eingeführt habe, wurde die Unterstützung hinterfragt. Eva-Maria Stange stellte sich den Fragen und Kritiken und überzeugte in der Auseinandersetzung, sodass diese zu einer Bereicherung der innerparteilichen Debatte um das Verhältnis zur SPD wurde. Fakt ist, dass weder LINKE noch SPD im Stadtrat Hartz IV abschaffen werden, jedoch ein sozialpolitisches Umschwenken mit einer Oberbürgermeisterin, die aus den Reihen der neuen Stadtratsmehrheit kommt, überhaupt erst möglich wird. Die Beobachtung lehrt: Regiert die SPD mit der CDU, ist sie schneller bereit, in eine vermeintliche Mitte zu rücken und ihre politischen Versprechen aufzuweichen. Ist die SPD im Bündnis mit der LINKEN, muss sie sich stärker nach links orientieren und erhält Rückendeckung, ihr sozialdemokratisches Profil umzusetzen.

Die rechtspopulistischen Montagsspaziergänge der letzten Monate und die

Frage des Umgangs mit steigenden Flüchtlingszahlen haben die Stadt Dresden polarisiert und repolitisiert. Der Wahlkampf um die Besetzung des Oberbürgermeisteramtes wird insofern auch eine Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Stadt. Eva-Maria Stange hat sich positioniert. Sie hat die Initiativen „Willkommen in Löbtau“ und „Weltoffenes Dresden“ mit initiiert und sie war auf der Flüchtlingsdemo am 28. Februar, weil es ihr um die Menschen geht. Jetzt braucht sie unsere gemeinsame Unterstützung im Wahlkampf, damit sie als Dresdner Oberbürgermeisterin in den nächsten sieben Jahren für eine am Menschen und nicht am Wettbewerb orientierte Politik aktiv werden kann.



Annektrin Klepsch
und Tilo Kießling sind
Vorsitzende von
DIE LINKE. Dresden

AUFRUF DER REFUGEEES

Liebe Menschen in Deutschland,

seit mehreren Wochen gehen in Deutschland über 100.000 Menschen gegen Gruppierungen wie „Pegida“, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf die Straßen. Das ist sehr ermutigend. Wir könnten auf dieser Welt zusammen leben, in gegenseitiger Achtung der unterschiedlichen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der sexuellen Orientierung und der Hautfarbe. Das Recht auf Asyl ist ein hohes Gut, dass geschützt und verteidigt werden muss.

Gegenseitiger Respekt und Zusammenhalt sind ein gemeinsames Anliegen von Flüchtlingen und Bevölkerung, um bessere Lebensbedingungen für alle zu schaffen und um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Wir Asylsuchende möchten dazu beitragen, die Situation in Deutschland zu verbessern. Wir möchten mit den Menschen in Deutschland das Gespräch suchen, unsere Geschichten erzählen und unsere jetzigen Lebensumstände näher bringen.

Wir kommen aus Ländern in denen Krieg herrscht, wie in Syrien, im Irak oder der Ukraine; aus Ländern wo Kritik an der Regierung mit Folter und Tod bestraft wird, wie in Eritrea, im Iran oder in Afghanistan. Wir kommen aus Gebieten voller Umweltkatastrophen, wo Wohnungen zerstört sind, es kaum Trinkwasser gibt und Hunger herrscht, wie in Äthiopien oder den Philippinen. Niemand verlässt gerne seine Heimat, seine Familie und Freund*innen. Aber die Situation in unseren Heimatländern bringt uns dazu. Wir haben sie nicht ausgelöst!

Was sind die Ursachen und wer sind die Verursacher*innen? Die Kriege werden um Rohstoffe, um Machteinfluss und um Transportwege geführt. Diese Kriege sind international. An ihnen ist auch der

Westen beteiligt. Globale Unternehmen profitieren von diesen Kriegen. Mit Waffenlieferungen werden hohe Profite erzielt. Deutschland ist in 11 Ländern an Kriegen beteiligt und ist drittgrößter Waffenlieferant der Welt. Gerade deshalb müssen Waffenlieferungen gestoppt werden, um die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Keine deutschen Truppen ins Ausland! Keine Sicherheitskooperation mit Diktaturen!

Viele Konzerne und Banken erzielen Profite, aber Mensch und Natur interessieren sie nur, wenn sie ausgebeutet werden können. Die globale Wirtschaft zerstört die Lebensgrundlagen von Bauern und Fischern. Gleichzeitig werden viele dieser Menschen an der Flucht gehindert. Europa schottet sich ab. Statt zu helfen, wurden die EU-Gesetze noch verschärft und führen dazu, dass führerlose Schiffe auf dem Meer treiben. Die EU-Politik erklärt uns Flüchtlinge für illegal und deshalb werden wir wie Kriminelle behandelt.

Aber wir sind Menschen wie ihr. Wir verdienen die gleichen Rechte wie deutsche Bürger*innen, damit wir uns an der Gesellschaft auch gleichberechtigt beteiligen können. Wir verdienen eine menschenwürdige Behandlung und demokratische Rechte. Wir würden gerne arbeiten und unseren Lebensunterhalt selbst verdienen. Doch das wird uns verwehrt. Wir würden gern in normalen Wohnungen leben und uns frei bewegen können. Die Situation in den Lagern und Heimen ist katastrophal und für viele ein Schock, da Menschen aus unterschiedlichsten Ländern auf engstem Raum zusammen leben und Konflikte aus den Heimatländern in den Lagern aufeinanderprallen.

Auf Grund unserer Erfahrungen als Asylsuchende haben wir deshalb konkrete Forderungen:

- Gleiche demokratische Rechte und nicht nur gleiche Pflichten
- Keine Kriminalisierung von Geflüchteten
- Zusammenleben aller Familienmitglieder und Verwandten
- Schnellerer Bearbeitung und schnellere Bestätigung unserer Asylanträge
- Unterbringung in geeigneteren Unterkünften - Wohnungen statt Lager
- Bessere Integration durch Deutschkurse von Beginn an
- Das Recht eine Arbeit aufzunehmen von Beginn an
- Abschaffung der Residenzpflicht für alle Geflüchteten
- Gleichbehandlung aller Flüchtlingen
- Keine Abschiebungen im Winter!
Keine Abschiebegefängnisse!
Keine Abschiebungen in Länder mit inhumanen Lebensbedingungen.

**Say it loud. say it clear. Refugees are welcome here!**

28. Februar 2015: Gemeinsam mit der Linksjugend nahmen viele Dresdner und sächsische VertreterInnen der LINKEN an der gut besuchten Großveranstaltung der Refugees auf dem Theaterplatz teil. In der Nacht zum Sonntag bauten die Aktivistinnen und Aktivisten der Refugees ein Zeltlager auf dem Theaterplatz auf, das aktiv mit wärmenden Sachspenden wie Schlafsäcken, Decken, Isomatten, Hygieneartikeln und warmen Getränken unterstützt wurde.



Fotos: Christopher Colditz

02. März 2015: Am Montag erteilte die Stadt Dresden Auflagen an das Camp: Genehmigt wurde lediglich eine Demonstration bis 25. März, das Zeltlager und die Toiletten mussten bis 20 Uhr abgebaut sein. Bereits tagsüber mussten die Asylsuchenden vor pöbelnden Angreifern geschützt werden; am Abend versuchten ca. 100 Nazis nach einer Pegida-Demo das Lager zu stürmen. Zahlreiche LINKE schützten die SemperCamper vor den Angriffen.

Am Dienstagmorgen (03.03.2015) ließ die Stadtverwaltung das Zeltlager räumen

„Tu deinen Mund auf“

von Alois Schwarz

Religiöse Sozialisten? Gibt es das? Hat nicht August Bebel festgestellt: Sozialismus und Christentum stehen zueinander wie Feuer und Wasser? Dass Religion und Weltanschauung sich nicht grundsätzlich ausschließen müssen, hat Pfarrer Christoph Blumhardt (1849-1919), Begründer der religiös-sozialen Bewegung in Deutschland und der Schweiz festgestellt und gelebt. Der engagierte und begabte Prediger, dem Spötter nachsagten, er sei „bebel- und bibelfest“, sah in der Weltanschauung des Sozialismus keine Utopie, sondern eine Gesellschaftsordnung, die den Armen Menschenwürde und Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht. In der Weimarer Republik schlossen sich sozialistisch gesinnte Christen und Juden zum „Bund Religiöser Sozialisten in Deutschland“ zusammen. Christliche Theologen von Weltruf, etwa Paul Tillich, Karl Barth, Ernst von Harnack und auf jüdischer Seite Martin Buber und Schalom Ben Chorin, waren engagierte religiöse Sozialisten. Sie traten für eine konsequente Friedens- und Sozialpolitik ein. Viele Mitglieder wurden während der NS-Diktatur verfolgt, ins Exil gedrängt, in Konzentrationslagern umgebracht.

Wo liegen die Schnittmengen von Religion und Sozialismus?

Wir erleben die Auswüchse eines ungezügeltten Marktes, die Irrationalität des Finanzkapitalismus, die Militarisierung der Politik, rechtsextremes Gedankengut auf Beutezug durch Deutschland



Pfarrer Alois Schwarz und Stadträtin Annetrin Klepsch, MdL

Foto: DIE LINKE

und Europa. Religiöse Sozialisten beschäftigen sich mit den Fragen: Wird es morgen eine solidarische Gesellschaft geben? Wie werden Grundrechte und Freiheiten aussehen? Wie werden wir mit Leistungsschwachen, Behinderten und Älteren umgehen, wie mit der Schöpfung und der Umwelt? Das Alte Testament ist Quelle der gesellschaftlichen Kritik die wir ansetzen. So heißt es im Alten Testament:

„Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller die verlassen sind. Tu deinen Mund auf und richte in Gerechtigkeit und schaffe Recht dem Elenden und Armen“ (Spr.:31,8-9).

Mit der Plakataktion der Partei DIE LINKE: „Du musst dich entscheiden! Die Grenzen verlaufen zwischen oben und un-

ten,“ macht DIE LINKE ihren Mund auf und genießt deshalb unsere Solidarität. Der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands ist Mitglied des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten, dessen stärkste Organisation die schwedische ist mit rund 4000 Mitgliedern, der BRSD hat 150 Mitglieder, er gibt die Quartalszeitschrift „Christ und Sozialist“ heraus.

Das Wort Gottes ist wie Sauerteig, der gutes Brot entstehen lässt und wie eine Quelle frischen Wassers, für die Menschen die es hungert und dürstet nach Gerechtigkeit. Den LINKEN in Sachsen wünschen wir Erfolg in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden.

Alois Schwarz ist Pfarrer in Nördlin-Informationen zum Bund religiöser Sozialisten in Deutschland unter: www.brsd.de

70. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald

DIE LINKE. Dresden und der VVN-BdA laden alle Antifaschistinnen und Antifaschisten ein, mit nach Buchenwald zu kommen. Dort wird es eine der letzten Möglichkeiten geben, mit ehemaligen Häftlingen ins Gespräch zu kommen, durch seine Teilnahme Gesicht gegen Faschismus und Rassismus zu zeigen und zu demonstrieren, dass eine Politik der Verharmlosung von rechts nicht geduldet wird.

Seid dabei, wenn neun von 1.000 Buchen der Erinnerung neu gepflanzt werden!

Anmeldung bis 13. März
0351-8583 801

rica.gottwald@dielinke-dresden.de

17 Euro Unkostenbeitrag
10 Euro ermäßigt

... mit dem Bus:

Samstag, 11. April 2015, 6:30 Uhr
Pirnaischer Platz (vor Lidl)

Veranstaltung zum Internationalen Frauentag

Flucht und Ankommen

von Sarah Buddeberg

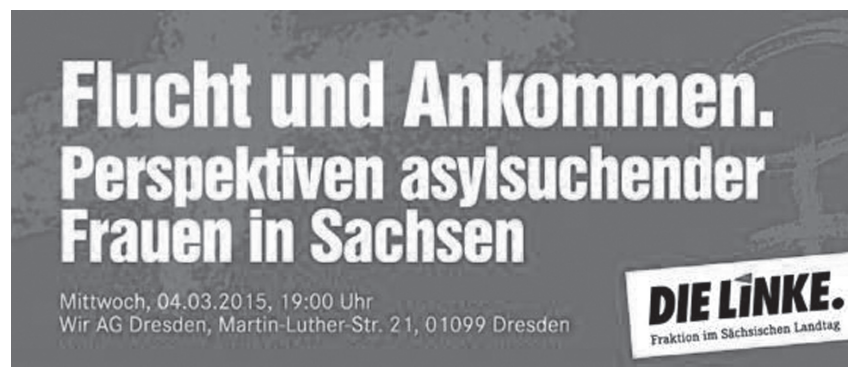
In den letzten Wochen und Monaten sind die Themen Asyl, Flucht, Willkommenskultur in aller Munde. Diskussionen mit politischen Vertreter_innen, Gespräche in der Straßenbahn und Artikel in den Zeitungen beschäftigen sich mit den Problemlagen ausführlich. In einigen Dresdner Stadtvierteln haben sich spontan Stadtteilrunden gegründet, um gemeinsam zu diskutieren und zu überlegen, wie sich jede und jeder Einzelne für Flüchtlinge engagieren und einsetzen kann.

Da das Thema Flucht derzeit aus vielerlei Blickwinkeln diskutiert wird, soll die diesjährige Frauentagsveranstaltung am 4. März in der Wir AG die gleichstellungspolitische Dimension einer gelebten Willkommenskultur aufmachen. In einem Gespräch mit Vertreterinnen des Sächsischen Flüchtlingsrates und der Flüchtlingsorganisation Women in Exile & Friends soll insbesondere die Situationen von Frauen, die in Deutschland Asyl suchen, beleuchtet werden. In Diskussionen werden Flüchtlinge oft als eine homogene Gruppe dargestellt, jedoch verleiht diese Einordnung den Blick auf die unterschiedlichen Erfahrungen, Bedürfnisse und Situationen der Menschen, die nach

einer oft langen, gefährlichen und beschwerlichen Flucht in Deutschland ankommen. Den diesjährigen internationalen Frauentag möchten wir daher mit dem Thema Asyl und Flucht verknüpfen und bei der Veranstaltung insbesondere auf die Situation von geflüchteten Frauen aufmerksam machen.

Der Abend beginnt mit der Eröffnung der Ausstellung Eingeschlossen-Ausgeschlossen – Perspektiven geflüchteter Menschen auf die Warteschleife Asyl. Die Wanderausstellung zeigt Menschen in Dresden und Umgebung, die in Asylsuchendenheimen leben müssen. Sie gibt damit den Lebensgeschichten Asylsuchender in dem Moment ihres Stillstandes eine Bühne und lässt sie Gehör finden. Sie lädt ein, die eigene Sicht zu wechseln, geflüchteten Menschen zu begegnen und ihre Perspektive kennenzulernen.

Im Anschluss wird im Gespräch mit den Referentinnen unter dem Titel Flucht und Ankommen. Perspektiven asylsuchender Frauen in Sachsen diskutiert und Fragen aus dem Publikum besprochen. Dabei sollen Einblicke in die Situation von Flüchtlingen



Flucht und Ankommen. Perspektiven asylsuchender Frauen in Sachsen
Mittwoch, 4. März, 19:00 Uhr

Wir AG, Martin-Luther-Str. 21, 01099 Dresden

Diskussion und Ausstellungseröffnung mit Sarah Buddeberg (MdL),
Katrin Holinski (Sächsischer Flüchtlingsrat) und Dorothea Lindenberg (Women in Exile & Friends)

und im Besonderen von geflüchteten Frauen in Sachsen gewährt werden.

Welche Rechte haben Flüchtlinge? Wie sieht ein ganz normaler Tag in einem Flüchtlingsheim aus? Wie ist das An-

kommen in Deutschland? In welcher besonderen Lage befinden sich geflüchtete Frauen? Welche Stellschrauben muss die Politik drehen, um die Situation in Sachsen zu verbessern?

Bericht aus der Parteivorstandssitzung am 15./ 16. Februar

Danke, Hamburg!

von Pia Barkow

Auf der Parteivorstandssitzung am vergangenen Wochenende standen, neben dem erfreulichen Wahlausgang der Bürgerschaftswahl in Hamburg, natürlich einige der aktuellen außenpolitischen und innenpolitischen Themen auf der Tagesordnung.

Einstimmig angenommen wurde der Aufruf, Griechenland zu unterstützen, die seit Jahren von der Troika verordnete Austeritätspolitik als unsoziale und wirtschaftlich unsinnige Politik zu beenden. Diese einseitige Sparpolitik hat keine Probleme gelöst, sondern ganz im Gegenteil vor allem neue Probleme geschaffen – jedeR dritte GriechIn lebt mittlerweile in Armut, mehr als jedeR Vierte, bei Jugendlichen sogar jedeR mehr als jedeR Zweite finden keine Arbeit. Eine klare Forderung ist daher, die Auflagen der Troika zurückzunehmen und gemeinsam mit der neuen griechischen Regierung auf Augenhöhe zu verhandeln, um die derzeit desolate Lage in Griechenland als Folge der Sparpolitik zu beenden. Parallel dazu ist der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zu kritisieren, der mit den stetig wachsenden Schuldenbergen in Südeuropa direkt in Verbindung steht. 2014 erzielt Deutschland erneut einen Rekordüberschuss von 7,4% und verstößt damit den Regeln des „Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens“ (MIP) der Europäischen Union. Während die Bundesregierung nicht müde wird, von anderen europäischen Ländern die Einhaltung von im Euroraum getroffenen Vereinbarungen und Regeln zu verlangen, verstößt sie selbst permanent



Caren Lay, Pia Barkow und Katja Kipping am Wahlabend in Berlin nach Bekanntwerden der Hamburger Wahlergebnisse
Foto: Uwe Schaarschmidt

gegen Regeln. Überschüsse auf der einen Seite bedeuten aber Defizite auf der anderen Seite – damit destabilisiert die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik den Euroraum auf gefährliche Weise. Als Gegenmaßnahmen fordern wir deshalb ein öffentliches Investitions-

programm, eine Umkehr in der Steuerpolitik, damit Reiche und Vermögende zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden sowie eine rasche Erhöhung des Mindestlohns und den Abbau prekärer Beschäftigungen.

Begrüßt wurden die konkreten Vereinbarungen in der Ukraine, die in Minsk vorige Woche getroffen wurden, jetzt geht es darum, dass alle AkteurInnen ihren Einfluss auf die Konfliktparteien geltend machen, die Waffenruhe einzuhalten und eine dauerhafte friedliche Lösung zu erarbeiten.

Innenpolitisch wurden Unterstützungsaufträge beschlossen, einerseits zur Teilnahme am diesjährigen Frauen*kampftag zum Internationalen Frauentag am 8. März sowie andererseits die Unterstützung von Protesten gegen das die G7-Treffen im bayrischen Elmau sowie den parallel dazu stattfindenden G7-FinanzministerInnen und AußenministerInnen-treffen in Dresden und Lübeck.

Für Dresden besonders relevant war die Unterstützung des Demoauftrufs „Solidarität mit Flüchtlingen“ am 28. Februar in Dresden. Hier sollte in einer großen Demo ein starkes Signal gesetzt werden, dass Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit in Dresden nichts zu suchen hat und wir für eine offene und tolerante Gesellschaft und die Solidarität mit Flüchtlingen stehen.

Zum Abschluss des Treffens konnten wir die Spitzenkandidatin und den Landesgeschäftsführer aus Hamburg begrüßen und in ersten Wahlanalysen und Wahlkampffresümees gemeinsam das hervorragende Ergebnis feiern.

Erinnerung an die Bücherverbrennung in Dresden

**DIE FEUER DER TYRANNEI BRENNEN
DIE FEUER DER FREIHEIT LEUCHTEN**

AUF DIESEM PLATZ VERBRANTEN DIE FASCHISTISCHEN BARBAREN ZU BEGINN DER DUNKELSTEN EPOCHE DER DEUTSCHEN GESCHICHTE AM 8. MÄRZ 1933 DIE SCHÖPFUNGEN MENSCHLICHEN GEISTES, DIE FORTSCHRITTLICHE WELTLITERATUR, DIE DER WAHRHEIT, DER FREIHEIT, DER MENSCHLICHKEIT UND DEM FRIEDEN DIENTE

Dresden machte den Anfang

Am 8. März 1933 verbrannten SA-Männer unter dem Schutz der Polizei Akten und Bücher aus dem gestürzten Gebäude der SPD-Tageszeitung „Dresdner Volkszeitung“ und des Verlages Kaden & Co am Wettiner Platz.

Auch in diesem Jahr findet deshalb am 08. März 2015 ab 10 Uhr eine Gedenkveranstaltung an der 1948 errichteten Gedenktafel auf dem Wettiner Platz statt. Im Anschluss an das Gedenken sind alle Interessierten sehr herzlich in das Kabarett Breschke&Schuch eingeladen, Beginn: 11 Uhr

Blutspendeaktion in der Wir AG

Rote geben Rotes

von Kristin Hofmann

Erst vor einigen Wochen war in der Tagespresse zu lesen, dass in Sachsen die Bereitschaft, Blut oder Plasma zu spenden, abnimmt. Auch beim Thema Organspenden ist selbiger Trend zu beobachten. Und dabei ist es so wichtig, dass Gesunde in einer solidarischen Gemeinschaft kranken Menschen helfen. Darauf wollen wir als LINKE gemeinsam mit dem Blutspendedienst Haema aufmerksam machen. Die Verknüpfung ist hier Genosse Ronny Rehm, der dort arbeitet und alles organisiert hat.

Am 23.6. findet von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr in der Wir AG in der Dresdner Neustadt eine Blutspendeaktion statt. Auch MdB Katja Kipping sowie die Landtagsabgeordneten und einige Stadträte werden vor Ort sein und sozusagen ihr Bestes geben. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich für die Knochenmarkspende typisieren, sich also in die weltweite Datei aufnehmen zu lassen.

Dieser Artikel kommt bereits nun, damit man sich diesen Termin im eigenen Blutspendekalender dick markiert. Frauen z.B. dürften dann ab



Ende März nicht mehr woanders spenden, sonst sind die Abstände zwischen den Blutspenden zu klein.

Für alle Leute, die zum ersten Mal bei Haema spenden, spendieren sie 15 Euro für einen Verein unserer Wahl. Wir haben entschieden, dieses Geld DAMPF zu geben, einem Verein, der ehrenamtlich die Sprachkurse für AsylbewerberInnen in der Wir AG macht. Auch deshalb ist es wichtig, dass ihr dabei seid. Ausweis nicht vergessen - ich freue mich auf Euch.

Kristin Hofmann ist Ortsvorsitzende von Neustadt-Loschwitz



Sächsische Politiker von CDU und FDP unter Korruptionsverdacht

Sächsische Politiker von CDU und FDP stehen unter dem Verdacht, ihre Ämter in strafbarer Weise missbraucht zu haben. Deshalb erstattete der Dresdner Landtagsabgeordnete André Schollbach, der von Beruf Rechtsanwalt ist, jetzt Strafanzeige wegen Erpressung gemäß § 253 Abs. 1 StGB bei der Staatsanwaltschaft Dresden.

Der Hintergrund: Kürzlich veröffentlichte das Nachrichtenmagazin SPIEGEL ONLINE ein von den Journalisten Frank Hornig und Steffen Winter mit Martin Roth geführtes Interview. Darin antwortete der langjährige Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden auf die Frage, wie er die Stadt Dresden in seiner Zeit als Museumsdirektor erlebt habe, das Folgende:

„Ich könnte jetzt stundenlang Anekdoten erzählen. Zum Beispiel vom früheren Ministerpräsidenten Georg Milbradt. Er wollte die 550 Jahre alten Kunstsammlungen Sachsens auflösen, weil er meinte, man brauche sie im 21. Jahrhundert nicht mehr und verteile sie lieber in der sächsischen Provinz. Ein FDP-Politiker warnte mich, er werde meinen Museumsetat kürzen - sofern ich nicht einen Auftrag an seine Privatfirma erteile. Ein CDU-Grande drohte ebenfalls mit Folgen für meine Museen, sollte ich seinen Sohn nicht einstellen.



Foto: I-vista / pixelio.de

Selbst dass ich meinen Skiurlaub nicht in Deutschland verbracht hatte, wurde von einem Christdemokraten kritisiert. Ein hoher Landesbeamter hat mir damals seine eigene Unterwürfigkeit als Vorbild dargestellt: Er diene in Vasallentreue seinem Minister, so wie treue Gefolgsleute einst Napoleon gedient hätten. Dasselbe erwarte er auch von mir. Wie soll eine Bevölkerung unter solchen Umständen ein demokratisches Verständnis entwickeln?“

Aus den in dem Interview beschriebenen Sachverhalten ergibt sich der Verdacht der Erpressung gemäß § 253 Abs. 1 StGB gegen die nicht namentlich genannten Politiker von CDU und FDP. Denn gemäß § 253 Abs. 1 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit

Geldstrafe bestraft, wer einen Menschen rechtswidrig durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung nötigt und dadurch dem Vermögen des Genötigten oder eines anderen Nachteile zufügt, um sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern. Die Identität dieser Politiker sowie die konkreten Umstände des in dem Interview beschriebenen Geschehens dürften sich ohne weiteres durch eine Vernehmung von Herrn Roth ermitteln lassen. Der Landtagsabgeordnete André Schollbach sagt dazu: „Sachsen ist unter der Herrschaft der CDU offenbar zu einem Selbstbedienungsladen für einige Politiker verkommen. Derartige Entwicklungen sind nicht hinnehmbar. Ich fordere daher eine zügige und umfassende Aufklärung der bekannt gewordenen Sachverhalte.“

DIE LINKE startet Bürgersprechstunden in der gesamten Stadt

von Max Kretzschmar

Die Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN werden in den Monaten März und April in der gesamten Stadt mit Bürgersprechstunden präsent sein. Insgesamt siebzehn Mal wollen die Ratsmitglieder den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort stehen. Dabei soll auch über den Stand der Umsetzung der zwischen LINKEN, Grünen, SPD und PIRATEN im vergangenen Jahr abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung sowie über die nächsten Vorhaben informiert werden. Wichtige Themen werden die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn, die Sanierung der Königsbrücker Straße, unsere Aktivitäten gegen steigende Wohnungsmieten sowie die im Sommer bevorstehende Wahl der Bürgermeister sein. Die Stadträtinnen und Stadträte werden aber auch ein offenes Ohr für Hinweise und Vorschläge sowie

BÜRGER Sprechstunde

unter freiem Himmel



06.03. 9 bis 11 Uhr
Lingnermarkt

André Schollbach H.-J. Muskulus
Fraktionsvorsitzender Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

für Kritik haben. Die Dresdnerinnen und Dresden sollen u. a. über Plakate (siehe Grafik), die Tagespresse und das Internet über die Bürgersprechstunden informiert werden. Den Auftakt macht am 06. März LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach, der gemeinsam mit Stadtrat Hans-Jürgen Muskulus eine Bürgersprechstunde auf dem Lingnermarkt durchführt. André Schollbach sagt dazu: „Wir wollen über unsere Arbeit im Stadtrat informieren, aber auch Anregungen der Dresdnerinnen und Dresdner aufnehmen. Das kann man am besten vor Ort, wenn man mit den Leuten ins Gespräch kommt.“ Die unter freiem Himmel veranstalteten Bürgersprechstunden gab es bereits in der vergangenen Wahlperiode und werden nun durch die Fraktion DIE LINKE fortgeführt.

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Freitag, 06. März
09 bis 11 Uhr
Freitagsmarkt
Helmut-Schön-Allee

Fraktionsvorsitzender
André Schollbach, MdL und Stadtrat Hans-Jürgen Muskulus

Montag, 09. März
16 bis 18 Uhr
Waldschlößchenbrücke
(vor Frida-Markt)

Stadträtin **Jacqueline Muth** und Stadtrat **Dr. Martin Schulte-Wissermann (PIRATEN)**

Mittwoch, 11. März
Ab 16 Uhr
Käthe-Kollwitz-Platz

Stadträtin **Anja Apel**

Mittwoch, 11. März
18 Uhr
Ausländerrat Dresden e.V.
Heinrich-Zille-Str. 6

Stadträtin **Kerstin Wagner**

Donnerstag, 12. März
15:30 bis 17:30 Uhr
FC-Weiskopf-Platz

Stadtrat **Norbert Engemaier (PIRATEN)**

Freitag, 13. März
15 bis 17 Uhr
Fetscherplatz

Stadtrat **Tilo Kießling** und Stadtrat **Tilo Wirtz**

Montag, 16. März
15:30 bis 17 Uhr
Körnerplatz

Stadträtin **Annekatriin Klepsch, MdL**

Weitere Termine folgen in der nächsten Ausgabe.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Februar 2015

DRUCKSACHE #2

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



FÜR EINE NEUE WOHNUNGSPOLITIK

Besonderer Bedarf

73.000 Menschen mit Behinderung, Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen suchen händeringend nach bezahlbarem Wohnraum. Jetzt bewegt sich was.

Im Januar 2015 schlossen die Servicebüros der Gagfah in Dresden ihre Pforten. Seitdem verenden Mieter in der Telefon-Warteschleife. Mehr Effizienz, weniger Mieterfreundlichkeit – nicht das einzige Beispiel:

In der Jakobsgasse sollen neue Balkone angebaut werden. 93 Euro pro Monat mehr für die Mieter. Der Knüller: Der Anbau der Balkone soll nicht an das Wohnzimmer, sondern an das Schlafzimmer erfolgen, Heizkörper müssen ersetzt, Heizstränge neu verlegt werden. Wohnraum in Dresden ist knapp, Mieterinnen und Mieter sind der Gagfah oft alternativlos ausgeliefert.

Ein Schritt zur Linderung dieser Situation ist die Vereinbarung von Durchführungsverträgen mit privaten Investoren, um Wohnungsneubau für breite Schichten zu ermöglichen.

Oder: einzelne Flächen können festgesetzt werden, auf denen nur Wohngebäude für Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen gebaut werden – gerade für junge Familien mit Kindern sowie ältere und auch gesundheitlich beeinträchtigte Menschen wichtig.

Ein erster Schritt wurde heute getan – der Stadtrat stimmte dem LINKEN-Antrag "Neue Wohnungspolitik in einer wachsenden Stadt" zu.

Auf Antrag der AfD:

AKTUELLE STUNDE - SATZUNG ÜBER DIE BEREITSTELLUNG, BENUTZUNG UND BETREIBUNG VON UNTERBRINGUNGSEINRICHTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER SOWIE FLÜCHTLINGE



Erwidern von Stadträtin

Kerstin Wagner - Auszug:

Dieselbe Partei, die in Hamburg die Intendantin des Kampnagel-Theaters angezeigt hat, weil sie Flüchtlinge unterbringen möchte, will die Satzung zur Unterbringung von Flüchtlingen ändern! Mit welchem Ziel? 6 Quadratmeter stehen jeder volljährigen Person zu, die auf der Flucht vor Diskriminierung, Vertreibung, Krieg, Verfolgung, Tod und Elend Schutz in Deutschland suchen. – Und was finden sie hier? Ein Zimmer, dass sie (wenn es klein genug ist) mit (nur) einer Person teilen müssen, die sie nicht kennen, die möglicherweise schwer traumatisiert ist, mit der sie über Monate und manchmal Jahre auf engstem Raum zusammenleben müssen.

Und was genau bezwecken Sie mit der angestrebten Satzungsänderung? Möchten Sie die Unterbringung menschlicher machen? Deutschkurse von Anfang an? Wollen Sie, dass zumindest die Möglichkeit besteht, dass die Menschen für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen – und zwar von Anfang an? Wollen Sie die Gesundheitsversorgung verbessern? Nach allem was ich von der AfD gehört haben, wollen Sie genau das nicht.

Was den Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Betroffenen helfen würde ist nicht die Satzungsänderung. Was helfen würde ist folgendes: Bringen Sie sich ein! Helfen Sie geflüchteten Menschen!

Hören Sie zu, wenn jemand eine Geschichte zu erzählen hat, von der sie etwas lernen können. Etwas lernen über die Folgen von Kriegen, von denen wir profitieren – Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt! Kämpfen Sie zusammen mit den Flüchtlingen für deren Rechte – zum Beispiel **am 28. Februar ab 14 Uhr am Theaterplatz!**



Kürzlich wandte sich der Verein SV Flugzeugwerft e.V. an uns – Problem: Der Verein möchte für seine Mitglieder einen geringeren Beitrag festsetzen als es die Sportförderlinie der Stadt vorsieht. Dies ist ihm aus Sicht der Stadtverwaltung nicht gestattet, wodurch die Mitglieder einen höheren Beitrag zahlen müssten als der Verein überhaupt verlangt und braucht. Für die Mitglieder sind höhere Beiträge kaum zu bezahlen. Durch Anrufe und Zuschriften ist mittlerweile klar: Mehr als ein Dutzend weiterer Dresdner Vereine hat dasselbe Problem. **Die Regelung in der aktuellen Richtlinie ist nicht nur unsinnig, sondern unsozial.** Daher haben SPD, Grüne und LINKE einen Eilantrag eingebracht, der diesen Zustand beheben soll. Die Oberbürgermeisterin sah allerdings keinen Handlungsbedarf und verhinderte eine Befassung. Wir bleiben dennoch am Ball: Im März steht der Antrag wieder auf der Tagesordnung.



Dieser Donnerstag war der vorletzte Arbeitstag von Oberbürgermeisterin Helma Orosz. Noch einmal rief sie 7 "bewegt Jahre" in Erinnerung, in der nach eigenen Worten "politische Handlungsfelder" ihren Alltag bestimmten. Fraktionsvorsitzender André Schollbach überreichte Blumen mit den Worten: "Wir waren zwar nicht immer einer Meinung, aber unsere politischen Auseinandersetzungen waren stets spannend." Er wünschte ihr persönlich alles Gute sowie Gesundheit.

Wir verändern was

von Thomas Feske

Das Signal ist klar: Rot-grün-rot bewegt etwas. Viele Projekte brauchen Zeit. Die zukünftige Gestaltung der Königsbrücker Straße wird einer Prüfung zugeführt, die vor allem die Interessen von Anliegerinnen und Anliegern, Anwohnerinnen und Anwohnern in den Blick nimmt. Der Umgang mit dem Areal Leipziger Straße/Alexander-Puschkin-Platz folgt dem gleichen Prinzip. Für die Großprojekte in der Leipziger Vorstadt, unter anderem die Hafencity, warten wir die Hochwasserlinien ab, um zu schauen, was in Verantwortung für Umwelt und Natur machbar ist und was nicht.

Bei all dem geht viel zu oft unter, dass schon jetzt Tatsachen geschaffen wurden, die unsere Stadt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Nachhaltigkeit verändern werden. Der durch die neue Mehrheit beschlossene Haushalt legt die Grundlage dafür: Die Fraktion DIE LINKE hat mit ihren Partnern den Betreuungsschlüssel für Asylsuchende in ihren Unterkünften verbessert, mehr Geld für Schultoiletten eingeplant, für den Eigenbetrieb Sportstätten, die Dresdner Theater, sowie die Fortführung des Bildungsbüros sichergestellt.

Diese Entscheidungen sind der sozialen Realität in unserer Stadt geschuldet. Insbesondere im Sozialbereich folgen den Haushaltsbeschlüssen nun konkrete Schritte der Umsetzung, die ein Signal an die Dresdnerinnen und Dresdner sind, dass es ihre Stimme braucht, damit die Fraktion etwas verändern kann.

Soziale Spaltung in Dresden: Ein alarmierendes Signal!

von Kerstin Wagner

In Sachsen ist die Armutsquote deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Sie liegt bei über 18 Prozent. Das geht aus einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hervor: ein alarmierendes Signal.

Der 20. Februar ist der Welttag der sozialen Gerechtigkeit. Die nüchterne Bestandsaufnahme, die der Paritätische Wohlfahrtsverband anlässlich dieses Tages vorgelegt hat, spricht Bände über die Situation in Deutschland.

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Daran trägt auch die Verarmungspolitik der Bundesregierungen der letzten Jahre Mitschuld. Auch in unserer Stadt gibt es eine tiefe Kluft zwischen Arm und Reich. In Prohlis-Süd etwa lebt mehr als jede und jeder Vierte in einer Be-

darfsgemeinschaft, in Kleinzschachwitz sind es nur etwas mehr als drei Prozent. Die soziale Spaltung unserer Stadt muss auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit, des Stadtrats und auch einer neuen Stadtpitze. Von Armut bedrohte Menschen brauchen konkrete Maßnahmen, die ihre alltägliche Situation verbessert. Dazu gehört ein Sozialticket, das Mobilität bezahlbar macht, oder eine Ombudsstelle im Jobcenter, die Betroffenen hilft, ihre Rechte einzufordern. Im Doppelhaushalt 2015/2016 hat die neue Stadtratsmehrheit Maßnahmen vereinbart, die darauf zielen, von Armut bedrohten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die weitere soziale Spaltung unserer Stadt zu verhindern. In den nächsten Wochen lassen wir dem konkrete Schritte folgen.



Foto: Henning Hraban Ramm / pixelio.de

Sozialticket

Mobilität spielt eine entscheidende Rolle und ist eine grundlegende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für nicht wenige Personen und Haushalte in Dresden stellen die Kosten zur Nutzung von Bussen und Bahnen jedoch eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Deshalb braucht es Sozialtarife, die Menschen in Dresden mit geringen finanziellen Mitteln Zugang zur Mobilität zu ermöglichen.

Die Bilanz des 2011 eingeführten Sozialtickets fällt positiv aus, das Sozialticket wird von immer mehr Menschen mit entsprechender Berechtigung genutzt.

Das Problem: Die bisher gewährleisteten Rabatte sind nicht an die jährlichen Preissteigerungen der Fahrkarten gekoppelt und fallen dementsprechend jedes Jahr niedriger aus. In der Stadtratssitzung vom 11.12.2014 wurde eine Erhöhung der Haushaltsmittel für eine Ausweitung des Sozialtickets auf 50% des regulären Fahrpreises zugestimmt.

TTIP und CETA

Seit Juli 2013 verhandeln die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen, das den Waren- und den Dienstleistungsverkehr umfassen soll (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP). Der Abschluss der Verhandlungen wird für Ende 2015 angestrebt. Beendet sind dagegen die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und Kanada über ein Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA). Die Abschlussentscheidung zum CETA steht noch aus. Die Verhandlungen zu TTIP und CETA sind ein zusammenhängender Prozess.

Das Gelöbnis, auf das die Dresdner Stadträtinnen und Stadträte vereidigt wurden, verpflichtet sie, „... die Rechte der Landeshauptstadt Dresden gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern. ...“ Mit TTIP und CETA wären die Stadträtinnen und Stadträte gezwungen abzuwägen, ob sie entsprechend dem geschworenen Eid im Sinne der EinwohnerInnen oder, auf Grund möglicher Strafzahlungen durch



Gewinnschmälerungen im Sinne der Konzerne, entscheiden. Einem solchen Eingriff wollen wir uns mit einer Antragsinitiative entgegenstellen. Denn: Mit TTIP und CETA ist die Entscheidungshoheit des Stadtrates nicht mehr gewährleistet. Kommunale Maßnahmen, Regelungen und Bestimmungen könnten in Konflikt mit den Marktzugangspflichten des Abkommens geraten. Unsere Forderung: der vollständige Einblick in alle Verhandlungsdokumente, die Einbeziehung in die Verhandlungen und größtmögliche Transparenz und Öffentlichkeit.

Einrichtung einer Ombudsstelle

Für Kundinnen und Kunden des Jobcenters bzw. der Agentur für Arbeit als Anlaufstelle vor konfliktreichen Auseinandersetzungen.

Konflikten zwischen Antragsstellerinnen und Antragsstellern von Arbeitslosengeld I oder II bzw. KundInnen des Jobcenters Dresden sind an der Tagesordnung. Oft wünschen sich Kundinnen und Kunden eine externe Beratung. Um zu gewährleisten, dass auch in Fällen, in denen die Kundinnen und Kunden des Jobcenters dem zugestellten Bescheid widersprechen, diesen eine unabhängige Beratung zugestanden wird, soll eine solche Ombudsstelle eingerichtet werden. Hier können Unklarheiten neutral betrachtet und behoben werden.



Foto: Lupo / pixelio.de

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Dresden ist nicht Athen. Schon klimamäßig nicht. Vom politischen Klima gar nicht zu reden. In Dresden ein PEGIDA-Frösteln, in Griechenland der politische Frühling. Es hieß, Wasser in die Elbe zu schütten, würde man Eulen nach Athen tragen.

Und doch scheint sich nicht nur, wie wir von Marx gelernt haben, Geschichte beim zweiten Mal als Farce zu wiederholen, manchmal wiederholt sich auch große europäische Politik als sächsische Provinzposse.

Was wurde orakelt (!), die neue griechische Regierung könne nur eines von beiden, entweder ihre Wahlversprechen gegenüber dem griechischen Volk erfüllen oder aber die Anforderungen der EU-Finanzminister zur Sicherung notwendiger Kreditlinien. Insbesondere der deutsche Finanzminister drehte mächtig am Rad, um die Griechen scheitern zu lassen, intervenierte lautstark.

Und dennoch wurde das Unmögliche möglich, letztlich stimmte die Tafelrunde der europäischen Kassenwarte einem Reformprogramm zu, welches die Wahlversprechen zwar nicht sofort 100%ig umsetzt, aber eben auch kein Stück davon abbrückt und dabei finanzpolitisch solide ist.

In Dresden ging es nicht so schnell, es dauerte einige Wochen länger und es war es nur eine konservative Landesdirektion, die erst die ersten Beschlüsse der (vergleichsweise harmlosen) rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit in Bausch und Bogen beanstandete und sich mit der Prüfung des pünktlich beschlossenen Stadthaushaltes Zeit ließ.

Enthielt doch auch dieser Stadthaushalt so empörende Wahlversprechen, wie z.B. ein verbessertes Sozialticket und mehr Geld für Kinder und Jugendliche.

Dresdens CDU-Finanzbürgermeister sperrte vorübergehend lautstark alle neuen Ausgaben. Von Unseriösität, Rechtswidrigkeit und einer zu erwartenden Beanstandung des Haushaltes wurde orakelt.

Von drei Dutzend Beanstandungen an den Stadtratsbeschlüssen blieben nach einigem Hin und Her drei halbe übrig.

Und just am gleichen Tag wie das griechische Reformprogramm durch die EU-Finanzminister wurde auch der Dresdner Stadthaushalt durch die Landesdirektion unbeanstandet akzeptiert.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Auf der Flucht

von Max Kretzschmar

Somalia - Äthiopien - Syrien - Libyen - Sahara - Italien - Istrien - München - Chemnitz - Dresden - Gorbitz.

Eritrea - Äthiopien - Sudan - mit dem Plasteboot übers Mittelmeer von Libyen nach Sizilien - Lampedusa - Deutschland - Gorbitz.

Syrien - Türkei - Griechenland - Dortmund - Dresden - Gorbitz.

Was sich wie die zufällige Reihung von Länder- und Städtenamen liest, sind die vielmonatigen gefährlichen Fluchtwege junger Männer aus Eritrea, Somalia und Syrien, die vor Krieg, Hunger und Verfolgung versuchten, nach Europa zu fliehen. Angekommen sind sie vor einigen Monaten in Gorbitz, wo sie nun mit mehr als 400 Flüchtlingen in dezentralen Wohnungen der Gagfah untergebracht sind.

In Gorbitz ist man seit über acht Jahren darum bemüht, mit einer guten Willkommenskultur asylsuchende Menschen in den Stadtteil zu integrieren und das Leben in Gorbitz angenehmer zu gestalten. Das Gorbitzfest und auch das jährlich stattfindende Westhangfest sind mittlerweile populäre Stadtteilfeste, wo im interkulturellen Austausch die Neuankömmlinge mit den Gorbitzerinnen und Gorbitzern ins Gespräch kommen. Wöchentlich können Asylsuchende jeweils mittwochs, organisiert durch das Quartiersmanagement Gorbitz, thematische Sprechstunden mit dem Motto „Gorbitz gibt Asyl“ besuchen. Im „Mittelpunkt“ fand nun Mitte Februar ein Erfahrungsaustausch junger Asylsuchender mit VertreterInnen sozialer Einrichtungen, der Polizei und dem Sächsischen Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden e. V. (SUFW) und interessierten Gorbitzerinnen und Gorbitzern statt, um die gemeinsame Zusammenarbeit zu vertiefen.

Junge Somalier, Syrer und Eritreer berichteten über ihre Erfahrungen in ihren Heimatländern: Das repressive, menschenverachtende Regime in Eritrea zwingt Männer lebenslang in den Armeedienst - das Land ist seit einem Grenzkrieg mit Äthiopien im permanenten Zustand der Generalmobilmachung, die Rekruten dabei der Willkür und der für ihre Gewalt bekannten Offiziere ausgesetzt. Nicht vorhanden ist eine Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Eritrea, selbst einer falschen Religion an-



Die jungen Männer aus Eritrea, Somalia und Syrien erzählten über ihre gefährliche monatelange Flucht aus den Kriegsgebieten in Afrika, Katja Baumgarten (Bildmitte) übersetzt
Fotos: Uwe Baumgarten

zugehören, kann mit einer willkürlichen Haftstrafe enden; Amnesty International schätzt, dass gegenwärtig 10.000 Menschen in Gefängnissen sitzen.

Auch in Somalia sind kriegerische Auseinandersetzungen seit vielen Jahren täglich präsent für die Bevölkerung. Die Islamisten der Schaab-Milizen kämpfen gegen Regierungstruppen in dem Krisenland. Erst kürzlich wurden bei einem Selbstmordanschlag in Mogadischu 20 ZivilistInnen getötet. Junge Menschen in Flüchtlingslagern berichten darüber, dass sie gar nichts anderes kennen als Kriegszustand in ihrem Land - seit einem Vierteljahrhundert herrscht Krieg in Somalia. Nach wie vor ist vor allem die Menschenrechtslage von Flüchtlingen in Nordafrika extrem prekär, besonders in Libyen, von wo die meisten Flüchtlinge nach Europa aufbrechen.

Hier in Dresden angekommen, sind es vor allem die Sprachschwierigkeiten, welche die jungen Leute aus Afrika und Syrien gern schnell überwinden wollen: Sprache wird von ihnen als Schlüssel für eine gute Integration gesehen. Leider sind entsprechende Angebote für Deutschkurse in Dresden Mangelware. Die gut ausgebildeten Computeringenieure, Buchhalter, Lehrer, BWL-Öko-

nomen, Krankenpfleger, Mechaniker und LKW-Fahrer würden gerne ihre fachlichen Fähigkeiten in ihren erlernten Berufen ausüben, können darauf jedoch erst nach den abgeschlossenen Asylverfahren hoffen: Arbeit ist in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts für sie verboten, außerdem unterliegen sie einer repressiven Residenzpflicht, die erst nach drei Monaten aufgehoben wird.

Hinzugekommen ist bei den Migrantinnen und Migranten durch die Pegida-Aufmärsche in den letzten Monaten eine verstärkte Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen in der Stadt. Mehr als die Hälfte der Anwesenden hat Angst, sich diesbezüglich an die Polizei zu wenden.

Ein angesprochenes Problem, das der fehlenden Deutschkurse, wird sehr zeitnah durch ehrenamtliches Engagement gelöst werden: Die Dolmetscherin an diesem Nachmittag im „Mittelpunkt“, Katja Baumgarten, wird künftig einmal pro Woche allen Interessierten Deutschstunden anbieten. Ein Angebot, das gut in die seit Jahren couragierte Integrationsarbeit der Gorbitzer Initiativen passt.

Und: mittlerweile gibt es auch in Löbtau das „Netzwerk „Willkommen in Löbtau“.



Eine bunt gemischte Veranstaltung

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Kerstin Wagner, Pia Barkow, Jens Matthis, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Uwe Baumgarten
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 05.03.2015
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Politik ist nicht alles, aber alles ist Politik

von Max Pagenkopf

Vom 6. bis zum 8. Februar fand die Winterakademie der linksjugend [solid] in Bielefeld statt. Bevor jetzt die Unkenrufe losgehen, dass ich mir einfach nur irgendwo nen Lenz gemacht habe, weil ich keine Lust hatte, zum Parteitag zu gehen, denen sei gesagt: DIE STADT EXISTIERT WIRKLICH! Ich konnte es selbst kaum glauben, als ich meinen Fuß auf den Bahnsteig setzte und feststellte, dass es sich nicht um ein Hologramm oder eine Fata Morgana handelte.

Die Winterakademie ist eine wunderbare Veranstaltung, um sich als linksjugendlicher Mensch weiterzubilden. Dabei wird der Fokus nicht nur auf schöne Theorie gerichtet, sondern es gibt auch sehr praktische Workshopangebote.

Begonnen hat alles mit einem Vortrag mit dem treffenden Namen „Entschwörungstheorien“, dem ich leider nicht beiwohnen konnte, da ich erst halb eins in Bielefeld angekommen bin. Das Workshopangebot für den Samstag war enorm, sodass sich vorher entschieden werden musste, zu welchen man gehen will. Es gab Workshops zum Verständnis von Demokratie und Geschlecht, eine Einführung in die Kritik des Antisemitismus, Diskussionen über Sinn und Unsinn der Revolution, einen Workshop über die Frage der eigenen Lebenseinstellung, Geschichtsworkshops zur NS-Zeit und zum Stalinismus sowie, es darf nicht fehlen, Theorielehrgänge über Michel Foucault und Albert Camus. Das war nur das Angebot für Samstag und alle Workshops hatte eine Dauer von zwei bis drei Stunden. Da ich auf Theorie keine Lust hatte, entschloss ich mich, dem einzigen Ganztagsworkshop

beizuwohnen: „Layout und Siebdruck“. Jeder Wahlkampf steht und fällt mit seinem Material, das die Menschen zu einem bringen soll. Dabei ist es auch wichtig, dass nicht immer nur die Materialien von der Partei selbst verwendet werden, sondern dass die linksjugend auch in der Lage ist, eigenes Material zu erstellen. Bei diesem Seminar gab es zwei Schwerpunkte: 1. Wie arbeite ich mit Photoshop?, 2. Was ist Siebdruck? Zu Beginn haben wir gelernt, wie wir mit Photoshop Sachen wie Flyer und Sticker erstellen können. Mein Sticker, mein Erstlingswerk am virtuellen Zeichentisch, können hier hoffentlich alle sehen. Es war der Einstieg, der auch dazu diente, den Kopf zu aktivieren, damit wir im Anschluss an die Vorbereitung des Siebdrucks gehen konnten. Dabei werden für den einfarbigen Siebdruck Motive erstellt, die eher an eine Schablone erinnern als an ein komplettes Bild. Diese Motive werden dann auf die Siebe gelegt, welche vorher mit einer Fotoemulsion bestrichen wurden. Wenn alles fixiert ist, wird das ganze 15 Minuten belichtet. Die Fotoemulsion härtet unter UV-Strahlung aus und der Rest unter dem Motiv bleibt wasserlöslich. Ausspülen. Trocknen. Drucken.

Das Drucken selbst sieht einfacher aus, als es ohne Übung tatsächlich ist - richtige Menge an Farbe, genügend Druck mit der Rakel, Vorsicht beim Abheben des Siebs vom Beutel. Durch die tatkräftige Unterstützung von unserem Workshopleiter Che, konnten wir die Druckzeit verkürzen und uns auf das Trocknen der fertigen Beutel konzentrieren. Die Motive waren alle sehr beliebt, am begehrtesten war die



kleine schwarze Katze, welche vielfach bestellt wurde. Nun musste nur noch aufgeräumt werden, was sich als sehr schwierig erwies, weil die weiße Farbe nicht auf Wasserbasis hergestellt wurde und somit nicht mehr von den Sieben und vor allem der Haut abgehen wollte. Nachdem alles sauber war und wieder im Auto verstaut wurde konnten wir uns kurz in kleiner Runde hinsetzen, ein Bier trinken und stolz auf das schauen, was wir an einem einzigen Tag alles geschafft haben. Wir hatten den längsten Workshop von allen, ca. 14 Stunden waren wir beschäftigt, bis wir um zwölf „Feierabend“ machen konnten. Im Anschluss gingen wir noch kurz zur Abschlussparty und dann ab ins Bett, da am Sonntag auch noch ein Workshop stattfand.

Am Sonntag gönnte ich mir ein leichtes, aus Kaffee bestehendes, Frühstück. Ich sehe viele verkaterter Gesichter, ich fühle mich jedoch toll. Jetzt noch den letzten

linksjugend
[solid]
Stadtverband Dresden

Treffen: **jeden Di, 18 Uhr, WIR AG**
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de

Workshop besuchen. Gesellschaftskritik in der Serie „Die Dinos“. Meine nicht einmal 4 Stunden Schlaf machen sich bemerkbar und ich kann nicht so ganz folgen. Dennoch war es sehr interessant, wie unser Referent die Serie auf ihre Gesellschaftskritik und ihr revolutionäres Potential analysiert. Um 12 war dann auch hier Feierabend und es ging ab zum Bahnhof. Dresden ruft. Dieser seltsame klagende Ruf, der mich an ein verküppeltes, sterbendes Tier erinnert – und manchmal auch so riecht. Was soll's. Ich habe schöne und praktische Sachen gelernt, mit denen ich das Geschwür, was ich Heimat nenne und in gewisser Weise auch liebe, verschönern kann. Damit Dresden wirklich irgendwann ein „Place to be“ und ein „Dresden für alle“ wird.

Ach ja, bevor ich es vergesse: Wir als Stadtverband sollten uns unbedingt solch eine Siebdruckanlage zulegen!

Solidarität ist eine Waffe

von Franziska Fehst

Die letzten Wochen waren für uns alle unglaublich anstrengend. Demo hier, Demo da.

Plenum hier, Plenum dort. Diskussionen auf Arbeit, in der Uni oder zu Hause. Das macht uns alle ziemlich kaputt und auch manchmal gar empfindlich. In letzter Zeit gab es öfters mal Kritik, vor allem über meine Äußerungen und/oder Texte, die unter meinem Namen veröffentlicht wurden bzw. für die ich verantwortlich war. Dazu gehört auch ein Bild, welches wir auf Facebook veröffentlicht haben. Es bezog sich darauf, dass Silvio als Sprecher von Dresden Nazifrei verwehrt wurde, auf der „Dresden-ist-ja-ach-so-toll-und-bunt-Blabla-Veranstaltung“ am 26.1. zu reden. Obwohl den Organisator_innen schon von Anfang an klar war, dass er Parteimitglied ist, wurde erst kurz vorher beschlossen, ihn nicht reden zu lassen. Denn Herr Lang ist ja in der LINKEN und wenn man unsere werte OB und den Minister nicht reden lässt, dann auf keinen Fall einen LINKEN. Da sich das Bündnis entschied, dem Folge zu leisten (anstatt diesen Auftritt einfach ausfallen zu lassen) und einen anderen Sprecher zu dieser Veranstaltung zu schicken, war meine Idee, ein lustiges Foto zu schießen, um Silvio zu zeigen: wir stehen hinter ihm, als Linksjugend. Manche_r



mag es überspitzt oder gar kindisch finden - doch wir sind ein Jugendverband. Warum sollten wir uns reif aufführen?

Aber ernsthaft: in Zeiten wie diesen, ist mir nichts wichtiger als Solidarität zu zeigen. Was heißt das für mich? Für mich bedeutet das, Unterstützung zu zeigen, egal ob physisch oder moralisch. Für Menschen und Bewegungen,

die für die gleichen Ideale stehen oder denen Unrecht getan wurde. Das bedeutet für mich aber auch, mich gegen Menschen zu stellen, die Unrecht verursachen. Vielleicht wähle ich dafür nicht immer den pragmatischen Weg oder die perfekten Worte - aber so bin ich einfach.

Erst kürzlich wurde ein Zitat von der JuPo - im Kreis Görlitz in der Heute-

Show vom ZDF falsch verwendet, was sie wie eine rechte Wählerin dastehen ließ. Nach einem Sturm der Entrüstung im Internet und per Anrufe beim ZDF wurde sich sofort, sogar persönlich vom Moderator, entschuldigt. Wahrscheinlich hätte sich das ZDF auch ohne den Entrüstungsturm entschuldigt. Manchmal geht es auch nur darum zu zeigen - wir stehen hinter dir! Du bist nicht allein!

Solidarität mit den Geflüchteten zeigen wir auch, indem wir mit und für sie auf die Straße gehen. In dem wir Aufnäher, Beutel mit eindeutigen Aussagen für alle tragen, wie „Refugees welcome“. Indem wir uns auf der Straße gegen die stellen, die ihnen Unrecht tun. Indem wir nicht aufhören, im privaten Umfeld mit Leuten zu diskutieren, die die Meinung und die Ängste der Peggys verbreiten oder verstehen. Solidarität ist eine Waffe - nutzen wir sie!



MÄRZ

04 Flucht und Ankommen. Perspektiven asyl-suchender Frauen in Sachsen

Diskussion mit Sarah Buddeberg (Gleichstellungspolitische Sprecherin DIE LINKE im Sächsischen Landtag), Katrin Holinski (Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.) und Dorothea Lindenbergh (Women in Exile & Friends) und Eröffnung der Ausstellung „Eingeschlossen-Ausgeschlossen – Perspektiven geflüchteter Menschen auf die Warteschleife Asyl“ 19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

09 Bürgersprechstunde der Ortsbeirätinnen und Beratung des Ortsvorstandes

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“ | Breitenauer Str. 17

11 PEGIDA: Zerfall des Mythos von der „Mitte“

Impulsreferate und Gespräch mit Andrea Hübler, RAA Sachsen e.V. - Opferberatung; Juliane Nagel, MdL, Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik in der Linksfraktion im Sächsischen Landtag; Max Lill, Politologe; Moderation: Steffen Juhran, eine gemeinsame Veranstaltung des Europabüro der MdEP Dr. Cornelia Ernst des WIR e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

16 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden

18:30 Uhr • HdB • Großenhainer Str. 93 • www.dielinke-efa-dresden.de

17 BürgerInnensprechstunde mit MdL Sarah Buddeberg und Stadträtin Pia Barkow

16:30 bis 17:30 Uhr
Wir AG | M.-Luther-Str. 21

17 Fraktionssitzung

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus

18 Der globale Modemarkt oder vom langen Weg bis zu sauberer Kleidung

Vortrag und Diskussion mit Dr. Bettina Musiolek, Wirtschaftswissenschaftlerin, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung 19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

19 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

24 REIHE: JUNGE ROSA Das Spiel zwischen Lust und Moneten - Kommerzialisierung im Fußball

Vortrag und Diskussion mit Adam Bednarsky, Geschäftsführer Roter Stern Leipzig, eine Veranstaltung der RLS Dresden 18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

25 Griechenland nach den Wahlen - neue Hoffnung für ein geplagtes Volk?

Vortrag und Diskussion mit Stathis Soudias, Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V., eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V. 19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

26 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Annkatrin Klepsch, MdL

Um Anmeldung unter 0351-8214793 wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Sitzung des Ortsvorstands Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

31 BürgerInnensprechstunde mit Katja Kipping, MdB

Thema: Der Landeshaushalt 2015/16
Um Anmeldung unter 0351-5006165 wird gebeten.
10 bis 12 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Jürgen Hartmann:
Religion in der Politik.
Judentum, Christentum, Islam.
Wiesbaden 2014, 288 S.

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14–16:30 Uhr

Dienstag: 16–17.30 Uhr

Mittwoch: 14–16:30 Uhr

Donnerstag: 16–17.30 Uhr

»Offenes Büro«

Öffentliche Ortsvorstandssitzung
zweiter Mittwoch im Monat ab 17:30 Uhr
jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Termine der LAG Hartz IV Dresden:

26.01.2015, 09.02.2015,

23.02.2015, 09.03.2015,

23.03.2015

Jeweils von 13:00 bis 14:30 Uhr

Wir AG | Martin-Luther-Str. 21



Der Rote Baum e.V. lädt alle geschichtlich Interessierten ein, ein Wochenende mit nach Buchenwald zu kommen. Dort wird es eine der letzten Möglichkeiten geben, mit ehemaligen Häftlingen ins Gespräch zu kommen.

Samstag, 11. April 2015

6:30 Uhr Großenhainer Str. 93

Jugendhaus / Star-Tankstelle

Sonntag, 12. April gg. 19 Uhr zurück

35 Euro Unkostenbeitrag

Anmeldung bis 13. März 2015

0173-6739399

rica.gottwald@freenet.de

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren Genossinnen

Annett Adam, Prohlis
René Aleithe, Neustadt
Steffen Apel, Nord
Monika Becker, Altstadt
Barbara Behncke, West
Kristian Behrendt, Pieschen
Johannes Beulke, Plauen
Markus Borchert, Pieschen
Angelika Braune, Prohlis
Monika Burkhardt, Neustadt
Rolf Böhme, Leuben
Walter Böhme, Leuben
Gudrun Böhmg, Blasewitz
Falk Büchner, Plauen
Rudolf Büchner, Blasewitz
Ruth Collatz, Neustadt
Siegwart Collatz, Neustadt
Irmgard Dzieniewski, Plauen
Werner Döhler, West
Wolfgang Einhorn, Prohlis
Gisela Erlenkamp, Leuben
Uwe Falkenberg, Pieschen
Antje Feiks, Nord
Thomas Feske, Neustadt
Katja Fessenmayer, Pieschen
Uwe Fischer, West
Werner Fritzsche, Plauen
Camillo Frank Geiß, West
Claudia Geißendörfer, Plauen
Uta Gensichen, Neustadt

Kurt Gesche, Blasewitz
Gertraude Gläser, Altstadt
Rica Gottwald, Altstadt
Robert Gärtner, Altstadt
Christa Hahn, Prohlis
Lucas Hanel, Pieschen
Irmgard Hanig, Plauen
Magnus Hecht, Neustadt
Rudolf Henke, Prohlis
Helga Herberger, Prohlis
Angelika Hilse, Altstadt
Frank-Leo Hirschel, Neustadt
Benjamin-Immanuel Hoff, Neustadt
Gerold Hoja, Prohlis
Dorit Hollasky, West
Peter Horn, Plauen
Edith Höfer, Neustadt
Ursula Jacobi, Leuben
Gudrun Kampf, Neustadt
Günter Karasek, Pieschen
Karl Kempe, Altstadt
Rainer Kempe, Leuben
Ute Klaut
Simone Klein
Andreas Kliem, Nord
Werner Knoblich, West
Michael Kraft, Neustadt
Brunhilde Krappe, Plauen
Peter Kretzschmar, Blasewitz

Michael Krumme, Altstadt
Christa Kupijai, Nord
Gerhard Lahode, Leuben
Monika Laube, Blasewitz
Roland Laube, Blasewitz
Franz Lehmann, Altstadt
Helmar Lieber, Plauen
Siegfried Löwenberger, Altstadt
Annelies Marek, Pieschen
Andreas Meißner, Altstadt
Sabine Mende, Neustadt
Klaus Michel, Neustadt
Gerda Michler, Blasewitz
Isolde Mickel, Altstadt
Werner Moritz, Plauen
Irmgard Mättig, Altstadt
Bärbel Mölke, Altstadt
Erika Müller, Leuben
Ingeburg Münch, Altstadt
Florian Naumann, Blasewitz
Veiko Neumann, Neustadt
Jens Noack
Annelies Oberstein, Prohlis
Monika Oelschlegel, Altstadt
Ilse Otto Nord
Renate Paul, Neustadt
Jürgen Pfau, Leuben
Manfred Puschendorf, Pieschen
Sonja Reichert, Plauen
Lieselotte Rhein, West

Hans Reiner Richter, West
Hendrik Richter, Blasewitz
Klaus Richter, Neustadt
Fritz Ritter, Plauen
Anette Schniebs, Prohlis
Egon Schult, Altstadt
Willy Schulz, Altstadt
Tom Schumer, Neustadt
Gertraude Schwuchow, Altstadt
Dieter Seifert, Leuben
Frido Seydewitz, Neustadt
Margarete Sonntag, Neustadt
Marianne Speer, Pieschen
Manfred Spielmann, Blasewitz
Mathias Thalheim, Neustadt
Alexander Thyzel, Plauen
Jörg Tidow, Leuben
Sascha Tittel, Neustadt
Heinz Uhlmann, Altstadt
Holger Viergutz, Nord
Edith Wagner, Altstadt
Hansjürgen Weichold, West
Fridolin Weinhold, Blasewitz
Karl Wienholz, Altstadt
Andreas Wiese, West
Friederike Winter, Neustadt
Hilde Wünsche, Nord
Gerhard Ziermann, Neustadt
Reiner Zimmermann, Altstadt

Eine Replik auf den Artikel „Warum Dresden“ von Oliver Reinhardt, (Sächsische Zeitung 07./08.02.2015)

Warum Dresden?

von Reinhard Balzk

Die unschuldige Stadt

Die unschuldige Stadt. Die Wiederholung der oft gehörten Meinung führt uns nicht zu der Antwort auf „Warum“, Ihre Deutung auch nicht. Es ist sehr leicht gesagt, und führt in die Irre, „knapp 34% der Bewohner votierten 1932 für Hitler“. Das hat eine Vorgeschichte und dazu gehörten soziale Kräfte, dazu gehörte eine starke „Meinungsbildende Presse“ (Hugenberg). Auch die Bild-Unterschrift „zahllose einst zivile Betriebe..(wurden im Laufe des Krieges) auf Rüstungsproduktion umgestellt“ erklärt nichts. Schon Mitte der 30er Jahre begannen Zeiss-Ikon, J.C. Müller (Universelle) auf der Zwickauer Straße, Betriebe auf dem damaligen Industriegelände u.a. mit der Rüstungsproduktion- und verdienten schon damals sehr gut daran. Man könnte auch Bilanzen der Betriebe heranziehen, sie (die Betriebe) waren nicht nur dem Druck gefolgt, sondern auch auf den Geschmack gekommen. Wem ging es um kaukasisches Erdöl, ukrainische Mutter-Erde, Expansion (Volk ohne Land). Wie sich das wiederholt! C. Müller bemühte sich um die Einstufung als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“, Betriebe stellten Anträge auf Zuweisung von KZ-Häftlingen an die SS, die Lager und ihre Zuordnung zu Betrieben sind aufgelistet. Nicht vergessen wollen wir, dass insbesondere unter den Dresdner Intellektuellen starke Strömungen ihre Unterstützung für Hitler bekundeten. Zur Logik des Krieges gehörte natürlich, dass er an die Stelle zurückkehrte, von der er mit seinen schrecklichen Taten der Nazis seinen Ausgangspunkt nahm. An Letzteres haben Sie ja richtigerweise erinnert, notwendig um sich gegen die rechte Inbesitznahme der Tragödie zu wehren. Darin hätten wir Übereinstimmung. Unterschlagen



Foto: Bundesarchiv_Bild_183-60015-0002,_Dresden,_Denkmal_Martin_Luther,_Frauenkirche,_Ruine / wikimedia.org

werden darf aber auch nicht das Engagement aller Linken gegen den Hitler-Faschismus, es hat leider nicht gereicht.

Warum im Februar 1945 und warum Dresden.

Das Zitieren des Kommandeurs des Masterbombers mit seinem Befehl führt zur oberflächlichen Einordnung, es macht sich zwar journalistisch gut. Die Hintergründe für die Bombardierung Dresdens sind in der Dokumentation der Kriegsgeschichte belegt, die Auseinandersetzung der kommandierenden Generäle der westlichen Alliierten mit Churchill. Man darf, ohne Fehler zu machen, durchaus von einer höheren strategischen Planung und Aktion ausgehen, zum Zeitpunkt als der 2. Weltkrieg entschieden war. Ganz entschieden widersprechen muss man der Meinung „man wollte den Vormarsch der Roten Armee unterstützen“. Es ist dokumentiert, dass die Westmächte schon damals ein doppeltes Spiel trieben. Unterstützung für die Rote Armee, die die Hauptlast des Krieges trug, hätte die frühere Eröffnung einer zweiten Front gebracht und

die Verkürzung des 2. Weltkrieges und damit die Verhinderung vielen Leides. An anderen Spekulationen über Absichten von Churchill möchte ich mich nicht beteiligen. Fakt ist, die Bombardierung Dresdens erfolgte nach Maßgabe „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Wir dürfen nie vergessen, welches Leid vom faschistischen Deutschland ausging.

Die Bilanz des Schreckens (und die Wiederaufbau-Leistung)

Wir können es heute kaum nachvollziehen, die Zahl der Leichen (obwohl darum eine makabere akademische Diskussion veranstaltet wurde) 80% zerstörte Wohnungen, das Grauen vermittelt in etwa Asisi im Gasometer auf der Gasanstalt-Straße, die Trümmer-Berge! Wieso fällt es Ihnen so schwer, an die Trümmerfrau zu erinnern (weil hier eine „wissenschaftliche“ Betrachtung aktuell ist?) Kennen Sie den Aufbauplan und seine schrittweise Verwirklichung unter Bedingungen von Wiedergutmachung? Warum fällt es Ihnen so schwer daran zu erinnern? Weil die Offiziere der Roten Armee die Befehle erteilten, der

Stadt wieder Leben einzuhauchen und Aktivisten der ersten Stunde (Linke und Liberale) Verantwortung übernahmen? Das ist ein Mangel in Ihren Betrachtungen! Dresden lebt wieder, auch dank der selbstlosen Aktivisten von damals.

Im Mittelpunkt all unserer Betrachtungen sollte die gemeinsame Verantwortung für die Beachtung der Lehren aus der Geschichte stehen: **Keinen Krieg, keine Konfrontation die (wie aktuell) in militärische Abenteuer führt, Respektierung von Interessen von Völkern, die ihre eigenen Vorstellungen vom Leben in ihren angestammten Ländern haben und sie in Frage gestellt sehen.**

Wir sollten Ursachen und Wirkungen unterscheiden lernen, nicht zulassen, dass rechte Kreise die Erinnerung für ihre Ziele in Anspruch nehmen können. Die breite Mehrheit der Dresdner sollte am 70. Jahrestag gemeinsam in angemessener Weise den Tag begehen, ohne Demonstrationen, sowie fortan eher ein stilles Gedenken pflegen.

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Reaktion der CELAK- Staatengemeinschaft zur beabsichtigten Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der USA zu Kuba:

Die 33 Mitgliedsländer der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAK) begrüßten die am 17. Dezember seitens der Präsidenten der USA und Kubas, Barack Obama und Raúl Castro, verkündete Absicht zur Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Mitgliedsländer sprachen sich gegen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba aus. Sie fordern den US-Kongress dazu auf, kurzfristig eine Diskussion über die Aufhebung der Blockade zu eröffnen, die vor mehr als einem halben Jahrhundert gegen die kubanische Regierung und die vom kubanischen Volk durchgeführte Revolution verhängt worden ist. Sie fordern außerdem die Rücknahme Kubas aus der Liste der Terrorstaaten.

Obama solle alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen, die in seinen exekutiven Befugnissen liegen, um die Anwendung dieser restriktiven Politik gegen die Karibikinsel zu modifizieren.

Sammlungen 2015
 05. März,
 04. Juni,
 03. September,
 03. Dezember

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
 Verwendungszweck:
 „Milch für Kubas Kinder“

Das Bündnis war 2011 als Mechanismus der regionalen Integration auf Initiative des damaligen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gegründet worden und ist als Alternative zur von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konzipiert. Ihm gehören alle amerikanischen Staaten außer die USA und Kanada an. Nach Kuba hatte Costa Rica den Vorsitz inne, der jetzt von Ecuador übernommen wird.

Unsere AG Cuba Si plant mit unserem Stadtvorstand für Ende März (24. oder 26.03.) die Durchführung einer Kubabereitschaftsveranstaltung „Der aktuelle Annäherungsprozess zwischen den USA und der Republik Kuba bei total unterschiedlicher Interessenlage beider

Länder.“ mit einem Vertreter der Kubanischen Botschaft und wir befinden uns dazu im Gespräch mit Cuba Si Berlin.

Folgende Themen sind momentan aktuell:

- Bedeutung der tiefgreifenden Veränderungen Lateinamerikas/ der Karibik und der Bildung des Staatenbündnisses CELAK, Druck der Weltöffentlichkeit gegen die US-Blockadepolitik
- Die Interessen Kubas und der USA beim Annäherungsprozess.

Den verbindlichen Termin teilen wir im Märzartikel mit, wir hoffen, liebe FreundInnen und GenossInnen, dass diese Veranstaltung starkes Interesse findet und Ihr Eure Teilnahme ermöglichen könnt, Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
 04.03.2015, 15.04.2015
 06.05.2015, 03.06.2015
 08.07.2015, 09.09.2015
 30.09.2015, 28.10.2015
 10.12.2015

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
 Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
 Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
 www.dielinke-dresden.de
 E-Mail: Linksblatt@web.de
 V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling
 Satz und Layout: Max Kretzschmar
 Mitarbeit an dieser Ausgabe: Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Sarah Buddeberg, Ursula Zierz, Pia Barkow, Max Pagenkopf, Susann Scholz-Karas, Franziska Fehst, Reinhard Balzk,

Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
 Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Rheinland-Pfalz in Europa – Europa in Rheinland-Pfalz

von Sebastian Frech

Seit Januar 2015 ist die LINKE im Europaparlament, mit einem gemeinsamen Büro der Europaabgeordneten Conny Ernst und Gabi Zimmer, in der Landeshauptstadt Mainz vertreten.

„Für DIE LINKE im Europaparlament ist es von großer Wichtigkeit, dass wir mit dem neuen Büro in Mainz nun auch in Rheinland-Pfalz LINKE Europapolitik sicht- und spürbarer machen können“, so Conny Ernst. Der koordinierende Mitarbeiter Sebastian Frech, zuvor bereits Regionalmitarbeiter der Landespartei, widmet sich dem Aufbau politischer Vernetzungen, der Verbreitung LINKER Positionen im europäischen Kontext und der Schaffung arbeitsfähiger, offener Strukturen politischer Bildung. Auf folgenden Schwerpunkten wird das Hauptaugenmerk liegen: Migrationspolitik, denn Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland. Manche Regionen bieten kaum Versorgung und Einkommen, während andere Regionen zu den wirtschaftlich stärksten in der Bundesrepublik zählen.

Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, die Mindeststandards entspricht, dazu eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen und die Abschaffung repressiver Verwaltungsroutinen im Umgang mit Asylbewerber_Innen sowie die Schaffung einer neuen Willkommenskultur ist ein erstes Ziel LINKER Migrationspolitik in RLP. Aufenthaltszeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen von deutlich kürzerer Dauer werden. Asylbewerber müssen krankenversichert werden, ab



Sebastian Frech

Foto: PR

dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland. Zudem ist dringend Aufklärungsarbeit in den Kommunen nötig, um Vorurteilen gegen Flüchtlinge zu begegnen. Sichere Einreise-Korridore sind zu schaffen, um Tragödien, wie sie sich beinahe tagtäglich auf dem Mittelmeer ereignen, endlich zu verhindern. Transparente und klar geregelte Asylverfahren müssen her, die Flüchtlinge nicht erst kriminalisieren und dann als Fremdkörper behandeln. Hierzu sucht DIE LINKE den Schulterschluss mit NGOs, sozialen und kirchlichen Organisationen und Einrichtungen sowie ehrenamtlichen Initiativen.

Zum Schwerpunkt Wirtschaftspolitik: Derzeit werden die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und TISA verhandelt. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz lehnt solcherlei Abkommen ab und setzt sich gegen deren Umsetzung ein. Die GUE/NGL organisiert im Europaparlament den parlamentarischen Widerstand gegen die Gleichsetzung von Konzernen mit Staaten und die Aushebelung demokratischer Strukturen. In Rheinland-Pfalz würden neue Freihandelsrichtlinien Arbeitsplätze en masse vernichten und nachhaltig die dezentrale aufgebaute regionale Wirtschaft belasten.

Die konkreten Auswirkungen europäischer Gesetzgebung zu skizzieren, wird daher ein weiterer Schwerpunkt der LINKEN sein. Hierzu rufen wir Verbände des Handels und der Industrie, des Handwerks und natürlich die Gewerkschaften zum Informationsaustausch auf.

Schwerpunkt politische Bildung

Es gilt, über konsequente Bildungsarbeit sichtbar zu machen, dass die pluralistische LINKE sich als emanzipatorisches Projekt freier Menschen versteht. DIE LINKE und mit ihr linke Bewegungen in ganz Europa sind bunt und vielfältig. „Fragend schreiten wir voran“ lautet das Motto, unter dem Bildungsarbeit der LINKEN künftig nach Antworten auf globale und europäische Fragen ebenso wie auf landes- und kommunalpolitische Fragen sucht. Der Aufbau von ehrenamtlichen Bildungsprojekten im ganzen Land wird eines der Ziele sein, mit dem von Mainz aus gewirkt wird. Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa.

PEGIDA: Zerfall des Mythos‘ von der “Mitte”

von Susann Scholz-Karas

Seit Monaten haben uns vor allem in Dresden die PEGIDA-Bewegung und all ihre Ableger ziemlich auf Trab gehalten. So begannen sie im Oktober 2014 mit anfänglich 100 Leuten, die zeitweise bis auf 20.000 TeilnehmerInnen anwuchsen, gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge, gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ aber auch weitere Themen zu demonstrieren.

Politik, Medien und Wissenschaft versuchten sich in Analysen, um die Beweggründe der PEGIDA-AnhängerInnen zu verstehen. Wir fragen gemeinsam mit dem Europabüro der MdEP Dr. Cornelia Ernst und dem WIR e.V. nach: Was ist PEGIDA - der rechte Mob oder der Wutbürger aus der Mitte der Gesellschaft? Wie haben sich Ressentiments und Fremdenhass in Deutschland und Europa in den letzten Jahren entwickelt? Warum findet die Bewegung gerade in Dresden/Sachsen so viel Resonanz und warum ist der Widerstand in Dresden dagegen so schwer zu aktivieren? Wird die Bewegung Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Klima haben? Welche Verantwortung tragen Regierung und Politik an ihrem Entstehen?

Und vor allem: Wie können langfristig Ressentiments und Fremdenhass abgebaut werden? Dazu haben wir am 11. März, 19.00 Uhr Max Lill (Politologe), Andrea Hübler (RAA Sach-

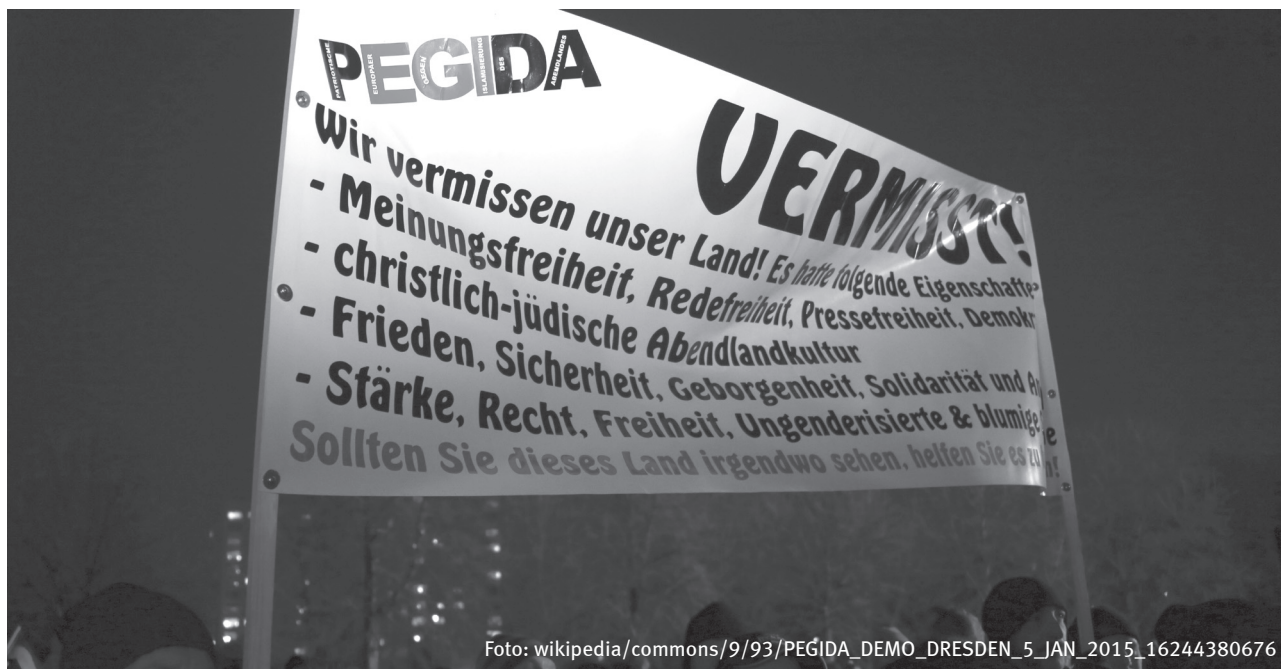


Foto: wikipedia/commons/9/93/PEGIDA_DEMO_DRESDEN_5_JAN_2015_16244380676

sen e.V.) und Juliane Nagel (MdL) zu einem Gespräch mit dem Titel “PEGIDA: Zerfall des Mythos von der ‘Mitte’” in die WIR-AG eingeladen.

Eine Woche später können wir Dr. Bettina Musiolek (Gründerin der „Allianz SACHSEN KAUFTE FAIR“) zum Thema: „Der globale Modemarkt oder vom langen Weg bis zu sauberer Kleidung“, 19.00 Uhr in der WIR-AG begrüßen.

Als Ende vergangenen Jahres der irische Textildiscounter Primark in Dresden seine erste Filiale im Osten Deutschlands eröffnete, blieb zwar der große Kundenansturm aus und statt dessen waren an die Hundert Menschen da, die mit einfallreichen Aktionen „fast fashion“ problematisierten, aber an vielen Einkaufsstätten in der Stadt ist heute zu erkennen, dass dort gern und oft gekauft wird. Primark ist ein Symbol dafür, dass Kleidung

zunehmend als schnelllebiges Wegwerfkongumgut aufgefasst wird, welches irgendwo auf unserer Erde unter oft schlimmen, wenig hinterfragten Bedingungen hergestellt wurde. Die Referentin wird zeigen, wie diese Bedingungen aussehen, wie bekannte Markenfirmen von der weltweiten Ausbeutung profitieren und wie KäuferInnen einen Beitrag leisten können, dass es so nicht bleibt.